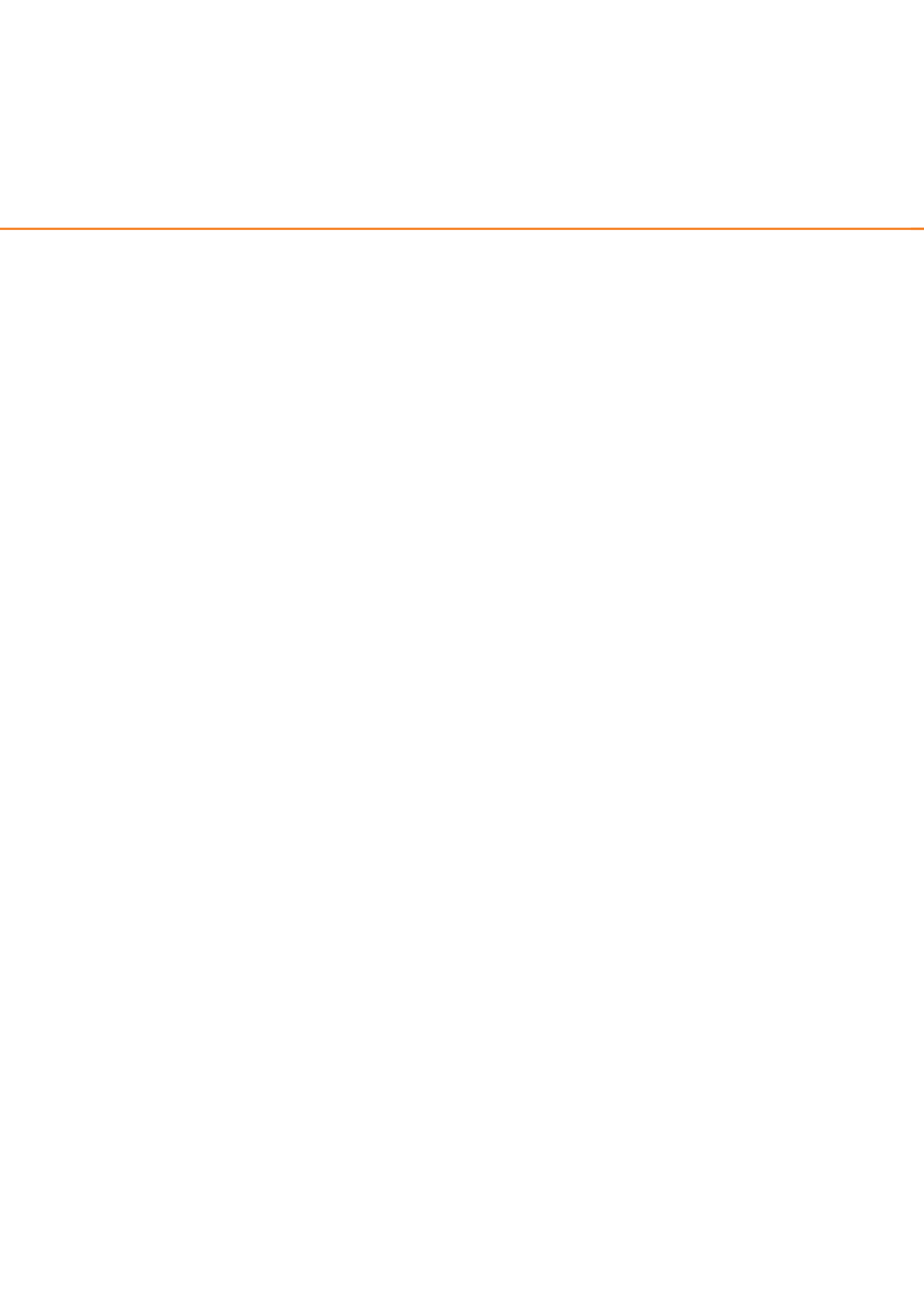


ALLRECHT

Rechtsschutzversicherung AG

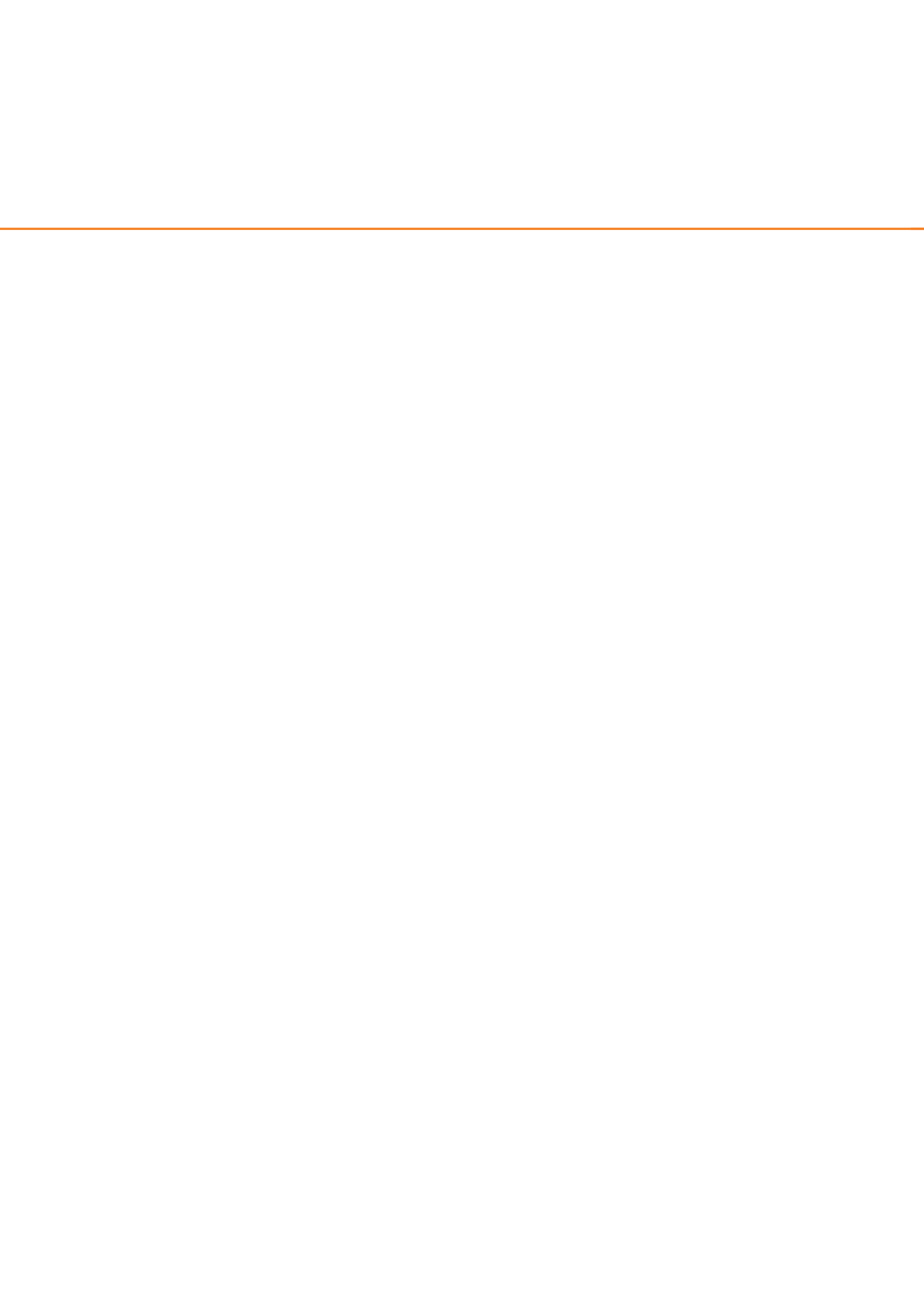
40211 Düsseldorf

Geschäftsbericht
über das
36. Geschäftsjahr 2009



Inhalt

	Seite
Organe der Gesellschaft	5
Lagebericht	7
I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen	
II. Ertragslage	
III. Finanzlage	
IV. Vermögenslage	
V. Nachtragsbericht	
VI. Abhängigkeitsbericht	
VII. Risikobericht	
VIII. Prognosebericht	
Ergebnisverwendungsvorschlag	21
Jahresabschluss	
Bilanz	23
Gewinn- und Verlustrechnung	25
Anhang	
I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	27
II. Nichtversicherungstechnische Angaben	30
III. Allgemeine Angaben	34
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	36
Bericht des Aufsichtsrates	37



Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dipl.-Kfm. Michael Johnigk, Versicherungsdirektor,
Herdecke, Vorsitzender,
Mitglied der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe

Dr. Paul-Otto Faßbender, Rechtsanwalt,
Düsseldorf, stellvertretender Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstandes der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Dr. Jan-Peter Horst, Versicherungsdirektor,
Erkrath, bis 1.10.2009
ehemaliges Mitglied des Vorstandes der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Hanno Petersen, Versicherungsdirektor,
Ratingen, seit 1.10.2009
Mitglied des Konzernvorstandes der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

Dipl.-Math. Michael Petmecky, Versicherungsdirektor,
Dortmund,
Mitglied der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe

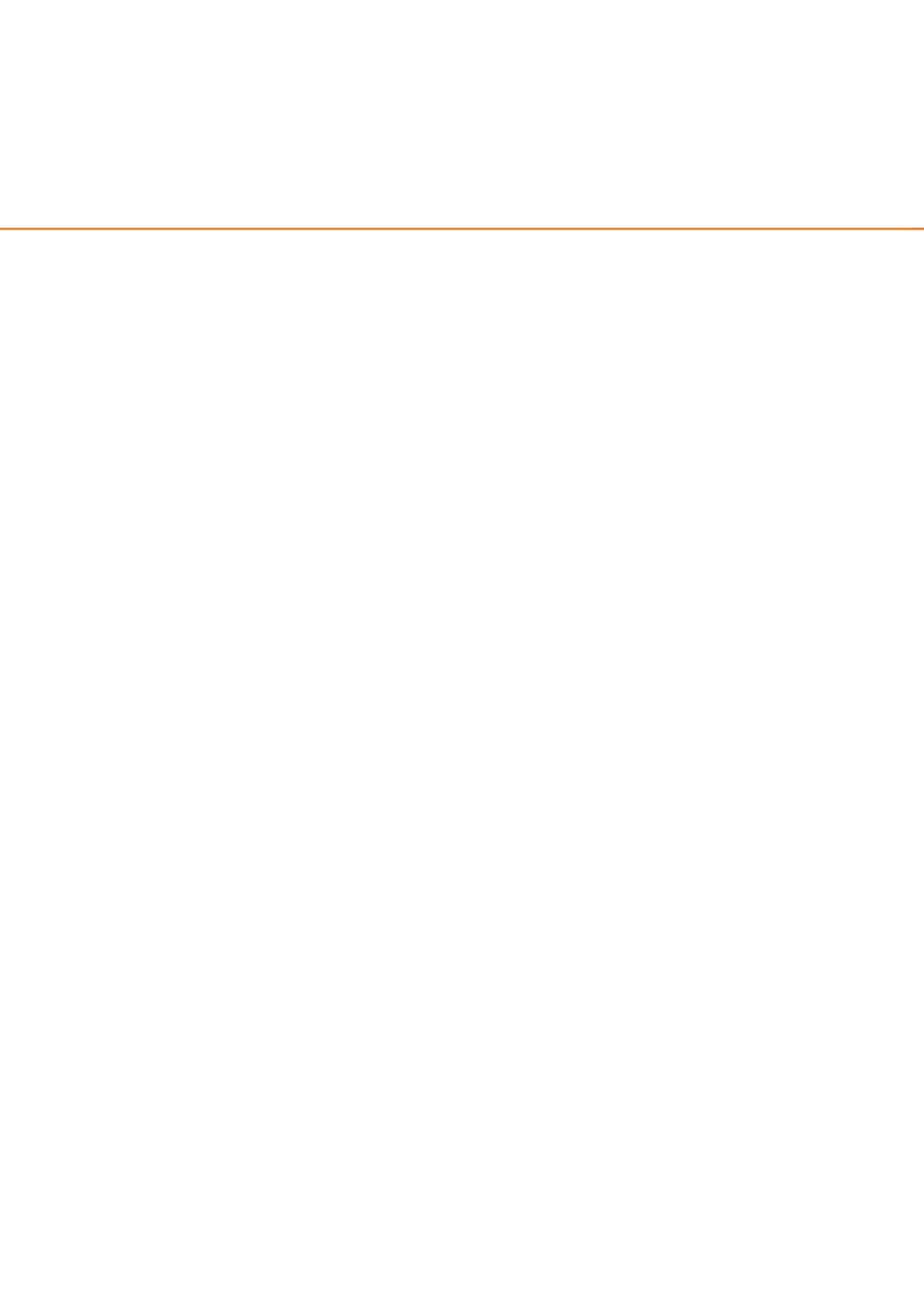
Dipl.-Kfm. Dr. Klaus Sticker, Versicherungsdirektor,
Leichlingen,
Mitglied der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe

Karl-Bernd Telger, Rechtsanwalt,
Herrsching,
Mitglied der Vorstände der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe

Vorstand

Dipl.-Math. Werner Nicoll
Herzogenrath

Udo Steinhorst
Burbach



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftsgebiet	<p>Die Allrecht Rechtsschutzversicherung AG mit Sitz in Düsseldorf ist einer der beiden Rechtsschutzversicherer des SIGNAL IDUNA Konzerns sowie der Rechtsschutzpartner der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe. Wir bieten ausschließlich Rechtsschutzversicherungen an. Das vermeidet Interessenkonflikte und garantiert optimalen Rechtsschutz.</p> <p>Als dynamisches und innovatives Unternehmen haben wir uns die Aufgabe gestellt, den Ansprüchen unserer Kunden in hohem Maß gerecht zu werden. Service spielt dabei die Hauptrolle!</p> <p>Das Geschäftsgebiet unserer Gesellschaft erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland.</p>
Betreibener Versicherungsweig	<p>ALLRECHT ist als Versicherer tätig, der ausschließlich Rechtsschutz anbietet.</p> <p>Das Angebot erstreckt sich auf alle in den „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung“ (ARB) aufgeführten Versicherungsarten und die „Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung für Aufsichtsräte, Beiräte, Vorstände, Unternehmensleiter und Geschäftsführer“ (VRB) sowie die „Daten-Rechtsschutzversicherung“. In sehr geringem Umfang werden auch Risiken aus dem Spezial-Strafrechtsschutz gedeckt.</p> <p>Durch die klare Struktur und den ständigen Ausbau der Produkte ist ALLRECHT in der Lage, für jede Lebenssituation einen maßgeschneiderten Rechtsschutz anbieten zu können. Das Angebot wird durch Partner (s. u.) vertrieben, sodass eine kompetente Beratung gewährleistet ist.</p> <p>Zum Geschäftsbereich der Gesellschaft gehört auch die Rückversicherung, die jedoch bisher nicht betrieben wurde.</p>
Außenorganisation	<p>Das Versicherungsgeschäft wurde durch die für die folgenden Aktionärsunternehmen tätigen Außenorganisationen vermittelt:</p> <ol style="list-style-type: none">1. SIGNAL IDUNA Konzern, Dortmund und Hamburg2. MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe, München

Versicherungsbestand Der Bestand an selbst abgeschlossenen, mindestens einjährigen Verträgen konnte von 249.079 Stück im Vorjahr auf 252.426 Stück im Geschäftsjahr erhöht werden. Diese Entwicklung ist sowohl auf das Neugeschäft, bei dem eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von fast 10% erreicht wurde, als auch auf ein zurückgegangenes Bestandsstorno zurückzuführen. Letzteres konnte wegen des bewussten Verzichts von Beitragserhöhungen auf der Grundlage der Beitragsanpassungsklausel in der Rechtsschutzversicherung von 7,2% auf 6,0% abgesenkt werden. Der Bestandsbeitrag hat demzufolge im Berichtsjahr um 987 T€ auf 40.621 T€ zugenommen.

Arbeitnehmer Bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter legt ALLRECHT Wert auf fachliche und soziale Kompetenz. Nur so können wir gewährleisten, dass sich unsere Kunden bei uns aufgehoben fühlen und zufrieden mit unseren Leistungen sind.

Wir beschäftigen in der Hauptverwaltung Düsseldorf zurzeit 50 qualifizierte Mitarbeiter. Darüber hinaus stehen uns in den für uns tätigen Schadenregulierungseinheiten juristisch geschulte Sachbearbeiter zur Verfügung, die für die sachgerechte Bearbeitung der Schadenfälle unserer Versicherungsnehmer zuständig sind. Die Außendienstorganisation unserer Vertriebspartner unterstützen wir über vier regional eingesetzte Direktionsbevollmächtigte mit fachlichen und vertrieblichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Auch wenn ALLRECHT wegen niedriger Mitarbeiterfluktuation nicht jedem Auszubildenden die spätere Übernahme in ein festes Anstellungsverhältnis versprechen kann, legen wir dennoch – in dem uns möglichen Umfang – Wert auf die Ausbildung junger Menschen im Berufsbild „Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen“. Nach den internen Ausbildungsregeln wird alle zwei Jahre ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt, so dass regelmäßig mindestens eine Person zum Zwecke der Berufsausbildung beschäftigt wird.

Produktentwicklung Wir bieten traditionell einen Rechtsschutztarif der einfach, leistungsstark und preisoffensiv die Wünsche der Kunden und Vermittler berücksichtigt. Selbstverständlich enthalten unsere Tarife auch die telefonische Erstberatung durch Rechtsanwälte.

Kennzahlen		Allrecht		Branche*
		2009 T€	2008 T€	2008 T€
Beiträge	gebucht brutto	39.741	38.965	3.265.759
	verdient brutto	39.845	38.926	3.257.089
	Veränderung gebucht in %	+2,0	+0,3	+1,4
Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge				
	Stück	252.426	249.079	22.836.681
	Veränderung zu Vorjahr in %	+1,3	+0,2	-0,8
GJ-Aufwendungen für Versicherungsfälle				
	absolut	29.304	29.132	2.319.047
	in % der verdienten Beiträge	73,5	74,8	71,2
Brutto-Kostenquote				
	in % der verdienten Beiträge	32,3	31,9	30,5
versicherungstechnisches Ergebnis				
	in % der verdienten Beiträge	+3,6	+10,1	+4,9
Schadenrückstellungen				
	in % der Schadenzahlungen	249,7	265,6	237,0
	in % der verdienten Beiträge	161,4	165,5	144,5
versicherungstechnische Rückstellungen				
	in % der verdienten Beiträge	187,2	192,0	
Kapitalanlagebestand				
	Durchschnittsrendite in %	87.703 3,5	90.095 3,5	5.410.841 3,3
Eigenkapital				
	in % der verdienten Beiträge	34,2	34,4	
	eingezahlt und thesauriert	13.636	13.382	
	Rentabilität in %	24,1	40,2	
Jahresüberschuss		3.254	4.559	
Mitarbeiter (Quartalsdurchschnitt)		49	48	

* die Branchenzahlen wurden aus den Geschäftsberichten für 2008 der 26 größten deutschen Rechtsschutzversicherer mit einem Marktanteil von insgesamt 97,8% ermittelt.

II. Ertragslage

Beitragsentwicklung Die Beitragseinnahmen beruhen ausschließlich auf selbst abgeschlossenem Geschäft. Sie erhöhten sich im Berichtsjahr von 38.965.530,78 € auf 39.741.335,43 €.

Das entspricht einer Steigerung von 2,0% (Vorjahr: 0,3%). Die Erhöhung wurde durch die erfolgreiche Neuakquisition von Kunden und die signifikante Absenkung des Bestandsstorno erreicht. Das Neugeschäft übertraf mit 3.829.135 € sogar das Vorjahresniveau.

Das Bestandsstorno ist im Geschäftsjahr 2009 wegen des bewussten Verzichts auf Beitragserhöhungen von 7,2% auf 6,0% zurückgegangen. Diese Entwicklung ist Ergebnis der intensiven Bestandsbetreuung und der Kündigungsrücknahmebemühungen.

Seit dem Geschäftsjahr 2006 ist die Eingliederung in die Vertriebsziele der SIGNAL IDUNA Gruppe vereinbart. Durch diese Eingliederung wird die Entwicklung des Neugeschäftes gefördert. Die Rechtsschutzpolizen unserer Gesellschaft sind für die Personen- und Sachversicherungskunden der SIGNAL IDUNA Gruppe und der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe als Ergänzung des Versicherungsschutzes weiterhin gefragt.

Schadenverlauf

Wegen der durch die Finanzkrise ausgelösten Wirtschaftskrise haben viele Arbeitnehmer ihre Anstellung verloren. Dies hat die Schadenhäufigkeit bei den Arbeitsrechtsschutzfällen im Geschäftsjahr stark ansteigen lassen. Zusätzlich ist die Schadenhäufigkeit wegen der neuen Tarife, die die anwaltliche telefonische Erstberatung einschließen, generell angestiegen. Die neuen Tarife werden gerne angenommen und führen zu einem wahrnehmbaren Rechtsschutz auch bei Fragen des alltäglichen Lebens, was einen numerischen Anstieg der Schadenfälle verursacht. Im Geschäftsjahr wurden 52.224 Schäden ohne die Wiederinkraftsetzungen gemeldet. Das sind 1.658 Schäden oder 3,3% mehr (Vorjahr: 2,3%) als im Vorjahr. Der Anteil der Arbeitsrechtsschutzfälle an den Schadenmeldungen ist von 14,5% im Vorjahr auf 15,7% im Geschäftsjahr angestiegen. Ebenso ist eine Steigerung bei den Leistungsfällen zu dem allgemeinen Vertrags-Rechtsschutz zu beobachten. Der Anteil an den Schadenmeldungen stieg gegenüber dem Vorjahr von 18,4% auf 18,6% an. Der Bestand an bekannten offenen Schäden reduzierte sich im Geschäftsjahr um 949 Stück auf 34.161 Stück (-2,7%).

Die Aufwendungen für Geschäftsjahres-Versicherungsfälle sind trotz des Ansteigens der Schadenmengen wegen der leichten Absenkung der Schadendurchschnitte für Spätschäden im Berichtsjahr nur unwesentlich auf 29.304.483,84 € (Vorjahr: 29.131.579,95 €) angestiegen.

Die Verringerung der Durchschnitte für Geschäftsjahresschäden ergab sich auf der Grundlage der Nachkalkulation des Ereignisschadenjahrganges 2006. Dabei haben sich der Ausbau des Anwaltsnetzwerkes und die vermehrte telefonische Erstberatung erkennbar aufwandsmindernd ausgewirkt. Weil die Nachmeldequote der Spätschäden, die sich aus der Beobachtung der Nachmeldungen über insgesamt 10 Meldejahre ergibt, eine leicht rückläufige Entwicklung zeigt, wurden 51 % der im Geschäftsjahr gemeldeten Bilanzjahresschäden als unbekannte Spätschäden angesetzt (im Vorjahr: 52 %).

Insgesamt ist die Geschäftsjahresschadenquote von 74,8 % im Vorjahr auf 73,5 % im Berichtsjahr zurückgegangen.

Durch die vermehrte Inanspruchnahme des Instruments der telefonischen Erstberatung in der Schadenregulierung sinken die Schadendurchschnitte, was sich auf die Bewertung der offenen Schäden auswirkt. Aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung ergab sich daher trotz leicht erhöhter Schadenzahlungen nochmals ein hoher Abwicklungsgewinn von 3.653.776,10 €, nachdem im Vorjahr bereits ein Abwicklungsergebnis in der Größenordnung von 6.282.526,93 € eingetreten war.

Die bilanzielle Schadenquote beträgt im Berichtsjahr 64,4 % nach 58,7 % im Vorjahr.

Kosten

Wegen der durch das angestiegene Neugeschäft erhöhten Provisionen und der im Berichtsjahr durchgeführten Maßnahmen zur Fertigstellung und Impementierung eines neuen Bestandssystems sind die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb um 3,7 % auf 12.870.324,26 € angestiegen (Vorjahr: 12.411.515,70 €).

Zur Realisierung der Steigerung des Neugeschäftes wurden Incentivemaßnahmen für Vertreter umgesetzt, die einen Umfang von ca. 100 Tsd. € hatten. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen sind die Provisionen gegenüber dem Vorjahr um 6,9 % gestiegen.

Die Personalkosten unterlagen nur geringen Veränderungen. Der Mitarbeiterbestand ist nahezu konstant. Die Steigerung der Personalkosten ist daher mit 1,8 % lediglich durch die Anpassung der Angestelltengehälter bedingt.

Die Sachkosten sind insgesamt zurückgegangen, da im Vorjahr Aufwendungen für externe Berater im Zusammenhang mit der Erstellung des neuen Bestandssystems angefallen waren. Im Berichtsjahr wurden zusätzlich Leistungen zur Vorbereitung der Risikokontrollen entsprechend den Regeln zu Solvency II bezogen. Wegen der Inbetriebnahme des neuen Bestandssystems im Berichtsjahr sind im IT-Aufwand einmalige Beträge für die Anpassung der Schnittstellen enthalten.

Die Kostenquote ist insgesamt von 31,9% im Vorjahr leicht auf 32,3% im Geschäftsjahr angestiegen.

Technisches Ergebnis Das versicherungstechnische Geschäft schließt im Geschäftsjahr wegen gemäßigter Schadenaufwendungen und moderaten Verwaltungskosten mit einem Gewinn in Höhe von 1.418.008,30 € ab.

Kapitalanlageergebnis Der Kapitalanlagebestand ist im Berichtsjahr wegen der besonders hohen Dividendenzahlung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres um 2,7% auf 87.703 T€ zurückgegangen. Die Erträge aus Kapitalanlagen übertrafen mit 3.153.374,30 € den Vorjahreswert von 3.115.876,73 €. Reinvestitionen von freiwerdenden Mitteln aus Kapitalanlagen wurden im Berichtsjahr wieder überwiegend in Spezialfondsanteile vorgenommen, da die Zinssätze am Geldmarkt und für festverzinsliche Wertpapiere im Geschäftsjahr ein historisch niedriges Niveau erreichten. Sonderausschüttungen aus Investmentfonds wurden im Berichtsjahr wie bereits im Vorjahr nicht vorgenommen.

Kapitalanlagen in Anteilen an Spezialfonds sind zur dauernden Verwendung dem Anlagevermögen zugeordnet worden. Stille Lasten bestanden am Bilanzstichtag nicht. Es wurden keine Abschreibungen vermieden.

Sonstiges Ergebnis Unter den sonstigen Erträgen sind im Wesentlichen Dienstleistungserträge im Zusammenhang mit dem Mahnverfahren und Zinsen auf laufende Guthaben enthalten. Im Geschäftsjahr konnte die Pensionsrückstellung im Umfang von 524,5 Tsd. € außerplanmäßig wegen eines Todesfalles aufgelöst werden.

Die sonstigen Aufwendungen enthalten neben den Jahresabschlusskosten die Vergütungen für den Aufsichtsrat, die Verbandsbeiträge, Aufwendungen für Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Mahnverfahren und die Zinsaufwendungen.

Gesamtergebnis Das nichtversicherungstechnische Geschäft erbrachte einen Gewinn von 3.347.348,05 €, sodass ein Gesamtergebnis vor Steuern von 4.765.356,35 € gegenüber 6.750.290,22 € im Vorjahr erzielt werden konnte. Nach Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 3.253.708,08 €.

III. Finanzlage

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2009

	EURO	Vorjahr EURO
I. Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit		
Jahresüberschuss	3.253.708	4.559.028
Veränderung der versicherungstechnischen Nettorückstellungen	-155.635	-1.432.850
Veränderung der sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten	260.221	23.270
Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-1.638	-
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	111.160	-
Ab-/Zuschreibungen zu Kapitalanlagen	-	13.217
Auflösungen des Sonderpostens mit Rücklageanteil	-	-
Veränderung der übrigen Aktiva und Passiva	<u>-2.097.086</u>	<u>2.926.172</u>
Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.370.730	6.088.837
II. Mittelfluss aus Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus der Tilgung und dem Verkauf von Kapitalanlagen	13.918.576	155
Auszahlungen für den Erwerb von Kapitalanlagen	-11.524.805	-5.206.247
Einzahlungen aus dem Verkauf von immateriellen Vermögensgegenständen	-	-
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	<u>-803.427</u>	<u>-261.912</u>
Mittelfluss aus Investitionstätigkeit	1.590.344	-5.468.004
III. Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	-
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-	-
Dividendenausschüttung	<u>-3.000.000</u>	<u>-600.000</u>
Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-3.000.000	-600.000
Zahlungswirksame Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes	-38.926	120.833
Zahlungsmittel zu Beginn des Geschäftsjahres	550.373	429.540
Zahlungsmittel am Ende des Geschäftsjahres	<u>511.447</u>	<u>550.373</u>
Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Geschäftsjahr	-38.926	120.833

IV. Vermögenslage

93,5% der um die ausstehenden Einlagen gekürzten Bilanzsumme sind in Kapitalanlagen investiert (Vorjahr: 95,0%). Im Wertansatz der Kapitalanlagen sind saldierte Bewertungsreserven in Höhe von 2.192 T€ (Vorjahr: 1.783 T€) enthalten. Der Anstieg ist auf Kurserholungen bei Spezialfondsanteilen und das weiter zurückgegangene Zinsniveau zurückzuführen. Es gibt keine nicht bilanzierten Vermögensgegenstände, die wesentliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage haben.

Kapitalanlagestruktur

	2009		2008	
	T€	%	T€	%
Anteile an Wertpapier-Sondervermögen	42.137	48,1	40.962	45,5
Inhaberschuldverschreibungen	50	0,1	50	0,1
Namensschuldverschreibungen	27.000	30,8	26.767	29,7
Schuldscheinforderungen und Darlehen	17.000	19,4	21.100	23,4
Einlagen bei Kreditinstituten	1.500	1,7	1.200	1,3
Andere Kapitalanlagen	16	-, -	16	-, -
	<u>87.703</u>	<u>100,0</u>	<u>90.095</u>	<u>100,0</u>

V. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet. Die bisherige Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr verläuft erwartungsgemäß.

Im Geschäftsjahr 2007 hatte der SIGNAL IDUNA Konzern, dem unser Hauptaktionär angehört, sämtliche Anteile an der DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG erworben. Das Vorhaben eines Zusammenschlusses der beiden Rechtsschutzversicherungsgesellschaften konkretisiert sich immer weiter. Bisher ist jedoch noch keine Einigung zwischen den Aktionären über die genaue Art und den Zeitpunkt des Zusammenschlusses erfolgt.

VI. Abhängigkeitsbericht

An der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG ist die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG mehrheitlich beteiligt. Das Bestehen der Mehrheitsbeteiligung wurde durch den Vorstand der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG am 23. Oktober 2006 gemäß § 20 Abs. 4 AktG schriftlich mitgeteilt. Die Allrecht Rechtsschutzversicherung ist danach ein unmittelbar abhängiges Unternehmen der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG und ein mittelbar abhängiges Unternehmen der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit der folgenden Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist nicht benachteiligt worden. Die Gesellschaft hat außer den aufgeführten Rechtsgeschäften keine anderen berichtspflichtigen Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen vorgenommen oder unterlassen.“

VII. Risikobericht

Grundsätze der Risikosteuerung: Die gezielte Übernahme und Steuerung von Risiken zählt zu den Kernkompetenzen der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG. Das Risikomanagementsystem als integraler Bestandteil aller risikorelevanten Prozesse stellt sicher, dass keine Handlungen oder Entscheidungen getroffen werden, die sich außerhalb der in der Risikostrategie formulierten Vorgaben bewegen. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Prüfung durch die Konzern Revision des ARAG Konzerns unterzogen. In Verbindung mit dem integrierten Risikomanagement ist die Gesellschaft in der Lage, neue Risiken oder risikobehaftete Entwicklungen frühzeitig zu identifizieren, nach einheitlichen Kriterien systematisch zu beurteilen und aktiv zu steuern. Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems ist zudem Bestandteil der Prüfung im Rahmen des Jahresabschlusses.

Regelkreis der Risikosteuerung: Die als Regelkreis ausgestaltete Risikosteuerung der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG umfasst die Prozesse Risikoidentifizierung, Risikoanalyse und -beurteilung, Managemententscheidung und Risikosteuerung sowie Risikoüberwachung und Kommunikation.

Risikoidentifizierung: Ziel der Risikoidentifizierung ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen. So werden bei der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG beispielsweise Risiken aus der Einführung neuer Produkte adäquat identifiziert und in die bestehenden Limit- und Überwachungsprozesse integriert.

Risikoanalyse und –beurteilung: Alle identifizierten Risiken werden mit Hilfe geeigneter Methoden und auf Grundlage systematisch erhobener und fortlaufend aktualisierter Daten kontinuierlich quantifiziert, analysiert und beurteilt. Zentrales Element ist hierbei der für alle quantifizierbaren Verlustrisiken ermittelte Risikokapitalbedarf (Value at Risk) zur Abdeckung unerwarteter Verluste. Sowohl die Methodik als auch die Risikopositionen werden regelmäßig durch Sensitivitätsanalysen, Stresstests und Validierungstests verifiziert und plausibilisiert. Unternehmensweite Risikostandards stellen die konsistente und angemessene Vorgehensweise bei der Risikoabbildung, der Performancemessung sowie der Verwendung relevanter Risikoparameter in den Berechnungen sicher.

Managemententscheidung und Risikosteuerung: Mittels der Risikosteuerungsfunktionen werden geeignete Strategien und Konzepte für die Allrecht Rechtsschutzversicherung AG festgelegt, die sowohl das bewusste Eingehen von Risiken als auch die Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen im Sinne von Risikoverminderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation aller identifizierten und analysierten Risiken verfolgen. Eine Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken jederzeit mit der Risikostrategie beziehungsweise der Risikotragfähigkeit der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG vereinbar sind.

Risikoüberwachung und Kommunikation: Die tatsächliche Limitauslastung wird durch Abgleich der eingegangenen Risiken mit den vorgegebenen Limiten ermittelt und laufend überwacht. Zur Früherkennung übergreifender Risikotrends wird eine regelmäßige Analyse der Portfolios vorgenommen. Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich, zeitnah und uneingeschränkt Bericht erstattet. Dadurch können Risiken aktiv gesteuert werden. Die externe Kommunikation von Risiken berücksichtigt die Interessen der Aktionäre, der Anspruchsgruppen (zum Beispiel Kapitalmärkte und Öffentlichkeit) sowie der Aufsichtsbehörde.

Aufgaben und Organisation des Risikomanagements: Das Risikomanagement ist ein wichtiger Bestandteil der Geschäftssteuerung der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG. Im Rahmen dieser Steuerung ist die Risikosteuerung darauf ausgerichtet, die Finanzkraft der Gesellschaft zu sichern und ihren Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Durch die effektive und integrierte Risikosteuerung werden die Ansprüche unserer Kunden mit einem Höchstmaß an Sicherheit erfüllt und für die Aktionäre nachhaltig Unternehmenswerte geschaffen. Entsprechend diesem Anspruch sind Risiko- und Kapitalaspekte fester Bestandteil des strategischen Planungsprozesses.

Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen wie der Mitglieder des Vorstandes, der Führungskräfte, der externen und internen Risikocontroller sind in der Risikostrategie klar definiert und dokumentiert. Die Verantwortung für die Übernahme von Risiken und die Kontrollfunktionen liegen bei dem Vorstand. Der Vorstand steuert mit Unterstützung eines externen Beraters die Risiken der Gesellschaft und stellt die zentrale Kommunikation risikorelevanter Themen durch regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat sowie bei Bedarf sicher. Zudem obliegt ihm die Planung, Steuerung und Überwachung der gesamten Risikoarchitektur.

Die Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in der Regel durch den Vorstand auf der Grundlage der den Risikorahmen begrenzenden Risikostrategie getroffen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben wird er durch externe Berater als unabhängige Risikocontrollingfunktion unterstützt.

Die systematische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems folgt dem Grundsatz einer ganzheitlichen Betrachtung der aktiv- und passivseitigen Risiken. Der Vorstand ist dafür verantwortlich, die aktiv- und passivseitigen Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern, zu überwachen und damit verbundene strategische Entscheidungen vorzubereiten.

Ausgesuchte Führungskräfte tragen die Prozessverantwortung für das Risikomanagementsystem und sorgen durch einen quartärlchen Risikobericht an den Vorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG. Für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und für die Erarbeitung von Vorschlägen von Standards sowie die Überwachung ressort- und bereichsübergreifender Risiken wird ein externer Berater hinzugezogen. Dieser sorgt auch für die Entwicklung und Berechnung von Modellen zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit, des Risikokapitals und zur Risikokapitalallokation.

Das Kapitalanlagecontrolling stellt eine unabhängige Risikocontrollingfunktion dar, die im Rahmen des Kapitalanlageprozesses für das Asset-Liability-Management verantwortlich ist. Dabei steht neben den aktiv- und passivseitigen ökonomischen und bilanziellen Risiken auch eine mögliche Inkongruenz zwischen den passivseitig gegebenen versicherungstechnischen Verpflichtungen und deren Bedeckung durch das aktivseitige Vermögen im Fokus. Die Vorgaben für die Festlegung und die Steuerung dieser Risikofelder werden vom Vorstand definiert und durch externe Berater überwacht.

Die im Risikomanagementsystem eingesetzten externen und internen Instrumente und Prozesse folgen einem ganzheitlichen Ansatz, der ökonomische Rahmenbedingungen ebenso einbezieht wie die Anforderungen und Erwartungen der Kunden, der Aufsichtsbehörden, der Ratingagenturen und der Aktionäre. Darüber hinaus besteht eine möglichst umfassende Funktionstrennung zwischen der operativen Steuerung der Risiken und den mit der Risikoüberwachung betrauten Führungskräften. Zudem besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der internen Revision und dem externen Berater, der die Risiken überwacht.

Die implementierten Systeme erfüllen die Anforderungen des deutschen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Der vorliegende Risikobericht der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG ist gegliedert nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard DRS 5 – 20 zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen. Dieser Vorgabe entsprechend gliedert sich das Gesamtrisiko in die Kategorien versicherungstechnische Risiken, Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Risiken aus Kapitalanlagen, operationale Risiken und sonstige Risiken.

Seit dem 1. Januar 2010 ist ein leitender Angestellter zum Compliance-Beauftragten der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG bestellt. Bis zum Ende des Jahres 2010 wird die Compliance-Organisation aufgebaut sein.

Versicherungstechnische Risiken

Aufgrund der Produkt- und Kundenstruktur birgt der Versicherungsbestand nur sehr wenige außerordentliche Risiken, die jedoch allesamt nicht dazu beitragen können, bestandsgefährdende Großschäden auszulösen, da die Versicherungssummen auf Höchstbeträge begrenzt sind. Einfluss auf die Schadenentwicklung haben vielmehr Auswirkungen, die sich aufgrund veränderter gesetzlicher, ökonomischer, sozialer und klimatischer Rahmenbedingungen ergeben. Des Weiteren können sich die Schadenaufwände durch Änderungen von Gesetzen und Verordnungen auch für bereits eingetretene Schäden erhöhen. Diesen Risiken wird durch ständige Beobachtung der gesetzlichen und sozialen Entwicklungen und der Analyse über die Auswirkungen für den Versicherungsbestand begegnet. Versicherungstarife und -bedingungen werden bei Bedarf angepasst und in den Schadenrückstellungen ausreichende Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Des Weiteren wird das Prämienrisiko in Teilbeständen über eine Beitragsangleichungsklausel und damit einer Anpassung der Versicherungsbeiträge an die Schadenentwicklung reduziert.

Dem Stornorisiko wird durch entsprechende Rückstellungsbildung auf der Grundlage der Erfahrung vergangener Jahre Rechnung getragen.

Die Stetigkeit unseres Versicherungsgeschäftes sowie die stets ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung der letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen, wobei nur im Berichtsjahr und im Vorjahr ein Ausschlag wegen der Einführung der telefonischen Erstberatung als Schadenregulierungsinstrument zu beobachten ist.

	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis in %
	GJ-Quote	bilanziell	
2009	73,5	64,4	5,7
2008	74,8	58,7	9,5
2007	75,7	73,7	1,3
2006	77,0	73,1	2,5
2005	79,4	75,3	2,6
2004	79,6	75,4	2,8
2003	77,8	73,1	3,2
2002	76,1	70,8	3,6
2001	73,2	70,2	2,1
2000	73,5	69,9	2,7

Der Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft wird durch ein effizientes und konsequentes Mahnverfahren minimiert. Das Restausfallrisiko ist durch die Dotierung von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen im Jahresabschluss berücksichtigt.

Der Forderungsbestand aus dem s. a. G., der am Bilanzstichtag im Mahnverfahren befindlich war, beträgt 353.038,99 € (Vorjahr: 485.815,47 €). Das Ausfallrisiko wurde durch eine Wertberichtigung von 165.400,00 € (Vorjahr: 97.400,00 €) berücksichtigt. Dem Ausfallrisiko bei den ordentlichen Forderungen, die einen Nominalwert von 2.068.745,82 € haben, wurde mit einer Wertberichtigung über 102.600,00 € (Vorjahr: 134.800,00 €) Rechnung getragen. Der Netto-Ausfall im Geschäftsjahr war durch die gebildeten Wertberichtigungen vollständig gedeckt.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich gewährleistet die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anlagevorschriften der §§ 54 ff. VAG sowie die hierzu erlassene Anlagenverordnung bereits ein hohes Maß an Risikobegrenzung hinsichtlich der Mischung und Streuung unserer Kapitalanlagen. Darüber hinaus haben wir Anlagerichtlinien entwickelt, welche die Kapitalanlagerisiken weiter begrenzen. Derivative Finanzinstrumente werden nur in sehr begrenztem Umfang und ausschließlich zur Absicherung von Kurs- oder Zinsänderungsrisiken in Fonds eingesetzt. Die Gesellschaft hat sämtliche Anteile an dem Spezialfonds ALR dem Anlagevermögen zugeordnet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Trotz der negativen Kursentwicklung an den Kapitalmärkten lag der Kurswert der Fondsanteile über den Anschaffungskosten.

Als Versicherungsunternehmen sind die Übernahme von Risiken und das professionelle Management von Risiken das Basisgeschäft von Allrecht und daher auch wesentliches Element der Kapitalanlagensteuerung. Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen insbesondere das Marktrisiko, das Bonitätsrisiko und das Liquiditätsrisiko. Eine breite Streuung der Portfolios begrenzt die Einzelrisiken, indem die Kapitalanlagen nach Anlagearten, Schuldnern und Regionen stark diversifiziert werden.

Dem Marktrisiko wird durch ein risikokapitalbasiertes Steuerungskonzept begegnet, das in Verbindung mit einer permanenten Marktbeobachtung und einer zeitnahen Berichterstattung ein Kapitalanlagen-Frühwarnsystem ermöglicht. Die regelmäßige Überprüfung der Risikosituation und der finanziellen Stabilität erfolgt darüber hinaus vierteljährlich in Form von internen Tests, denen die Kriterien der aufsichtsrechtlichen Stress-Tests zugrunde liegen. Die Stress-Tests überprüfen, ob die Gesellschaft trotz extremer Krisensituationen an den Kapitalmärkten in der Lage wäre, ohne Gegenmaßnahmen die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. In den vier Szenarien der Stress-Tests werden folgende, gleichzeitig eintretende Wertverluste unterstellt:

Szenario	R 10	A 16	RA 17	AI 22
Renten	-10 %	–	-5 %	–
Aktien	–	-16 %	-12 %	-12 %
Immobilien	–	–	–	-10 %

Als Ergebnis dieser Analysen lässt sich zum Bilanzstichtag feststellen, dass wir sämtliche, vonseiten der Aufsichtsbehörde obligatorischen Stress-Tests uneingeschränkt bestanden haben.

Strenge Anforderungen an die Finanzstärke der Schuldner und die Vermeidung einer Konzentration auf einzelne Schuldner reduzieren das Bonitätsrisiko in hohem Maße. Die Beschränkung der festverzinslichen Wertpapiere auf nahezu ausschließlich Anlagen im Investmentgrade-Bereich, trägt diesem Grundsatz Rechnung.

Das Liquiditätsrisiko wird durch eine revolvingende Finanzplanung begrenzt, in der die Zahlungsströme zeitnah ermittelt und im Zuge einer laufenden Fristigkeitsüberwachung von Kapitalanlagen und Zahlungsverpflichtungen aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus stellt die hohe Fungibilität der Kapitalanlagen eine kurzfristige Verwertbarkeit grundsätzlich sicher.

Operationale Risiken

Unter den operationalen Risiken werden alle Risiken verstanden, die im Zusammenhang mit Personal, Prozessen, Organisation, IT, Technologie und externem Umfeld stehen. Das Portfolio der operationalen Risiken wird vierteljährlich aktualisiert. Die Risikosteuerung erfolgt durch Anwendung von Maßnahmen, die zur Risikoabwehr, Risikovermeidung und Risikoverminderung geeignet sind.

Dem Risiko von Fehlentwicklungen in der Verwaltung beugt die Gesellschaft durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen vor.

Interne Kontrollmaßnahmen und der permanente Einsatz der internen Revision minimiert das Risiko von gravierenden Arbeitsfehlern und Unterschlagungshandlungen.

Sonstige Risiken und Abschlussbemerkung

Sonstige besondere Risiken, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinträchtigen, bestehen nicht. Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

Quantifizierung der gesamten Risikosituation

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen nach § 53c VAG und der Kapitalausstattungs-Verordnung vom 13. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1451), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2305) geändert worden ist, betragen 7.172.064 € (Vorjahr: 7.129.642 €). Die zu der Bedeckung zur Verfügung stehenden Eigenmittel betragen 11.597.019 € (Vorjahr: 11.035.579 €). In diesen Eigenmitteln sind Bewertungsreserven nicht einbezogen worden, wohl aber die Hälfte der ausstehenden Einlagen nach Antrag und Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (erstmals am 17.05.2005). Die Bedeckung zum 31.12.2009 beträgt 161,7 % (Vorjahr: 154,8 %).

VIII. Prognosebericht Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres war geprägt durch Folgewirkungen der einschneidenden Banken- und Finanzmarktkrise des Jahres 2008. Weltweit waren umfangreiche fiskal- und geldpolitische Eingriffe notwendig, um die Finanzmarktstabilität zu sichern. Gleichwohl weitete sich die Krise vom Finanzsektor auf die Realwirtschaft aus und führte nach Angaben des statistischen Bundesamtes zu einem Einbruch des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland von 5,0 % im Jahr 2009.

Expansive fiskalpolitische Impulse minderten den Rückgang des Bruttoinlandsproduktes und setzten gleichzeitig Anreize für den Konsum privater Haushalte. Insbesondere das Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) löste durch staatliche Investitionen, unterstützende Kaufanreize (Umweltprämie), Steuersenkungen und staatliche Transferleistungen (Ausweitung Kurzarbeitergeld) Nachfrage aus.

Die Versicherungswirtschaft erwies sich in dem unruhigen Marktumfeld als stabilisierender Faktor. Die deutsche Bundesbank kommt im Finanzstabilitätsbericht 2009 zu dem Schluss, dass kein deutsches Versicherungsunternehmen in der Finanzmarktkrise unterstützende Maßnahmen des Staates in Anspruch nehmen musste. Gleichzeitig leistete die Versicherungswirtschaft über die Beteiligung am Rettungspaket der Hypo Real Estate Bank einen Beitrag zur Finanzmarktstabilisierung.

Die Nachfrage nach Versicherungsleistungen blieb im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt stabil. Nach Einschätzung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) ist für das Jahr 2009 mit einem Anstieg der Beitragseinnahmen von 3,1 % gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. An dem Wachstum haben die Lebensversicherung aufgrund eines starken Anstieges bei den Einmalbeiträgen mit 4,8% und die private Krankenversicherung mit 4,0% den größten Anteil. Die Schaden- und Unfallversicherung wird zum Jahresende voraussichtlich ein leichtes Beitragswachstum von 0,2% erzielen. Die Versicherungswirtschaft folgt somit der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur nur bedingt und erweist sich gegenüber Einflüssen der Finanzmarktkrise als widerstandsfähig. Gleichwohl steht die Versicherungsbranche vor großen Herausforderungen vor dem Hintergrund der sich aktuell zwar verbessernden, aber dennoch unsicheren wirtschaftlichen Situation.

In der Schaden- und Unfallversicherung besteht mittelfristig weiterhin ein hoher Wettbewerbsdruck. Bei den privaten Haushalten bestimmen ein hoher Grad an Marktsättigung, Preissensibilität und die Verfügbarkeit umfassender Produktvergleiche das Nachfrageverhalten. Dies führt in vielen Sparten zu einem intensiven Preiswettbewerb. Einzelne Versicherungszweige mit stärkerer Wechselwirkung zur konjunkturellen Entwicklung, zum Beispiel die Rechtsschutzversicherung sowie die Kreditversicherung, werden darüber hinaus kurzfristig mit deutlich erhöhten Schadenaufwendungen belastet.

Wegen der bestehenden relativ hohen Marktsättigung und dem eingetrübten Konsumklima ist für das Rechtsschutzgeschäft in Deutschland weiterhin nur mit geringen Beitragszuwächsen auszugehen. Wegen des durch die Finanzkrise verlorenen Vertrauens der Verbraucher in Unternehmen der Finanzdienstleistungsbranche werden jedoch mittelfristig auf dem Rechtsschutzmarkt in Deutschland solche Unternehmen verstärkten Zulauf haben, in deren Geschäftsmodell kein Interessenkonflikt immanent ist, weil sie neben Rechtsschutz auch andere Versicherungssparten betreiben.

Für die nächsten beiden Jahre wird mit einer Ausweitung des Neugeschäftes mit ca. 3% per anno gerechnet. Zudem soll durch den Rückgang der Bestandsstornoquote eine Ausweitung des Bestandsbeitrages auf einen Wert von deutlich oberhalb von 40 Millionen € erreicht werden. Diese Entwicklung wird durch den nachhaltigen Verzicht auf Beitragsanpassungen gefördert werden.

Es wird erwartet, dass die Beiträge in den nächsten beiden Jahren um zirka 2,0% per anno ansteigen. Zur Verbesserung der Qualität des Rechtsschutzes werden seit 2008 Tarife mit Zusatzleistungen wie der telefonischen anwaltlichen Erstberatung angeboten. Dadurch unterscheidet sich der Rechtsschutz bei Allrecht nicht von dem der Marktführer, was das deutsche Institut für Service-Qualität nach einem Vergleich von 22 Versicherungen im Jahr 2009 bestätigt hat, bei dem der zweite Platz belegt wurde.

Induziert durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die Einsparungen bei den Personalkosten durch viele Unternehmen, nehmen wir eine Steigerung der Schadenhäufigkeit bei dem Arbeitsrechtsschutz wahr, die wohl noch in den Jahren 2010 und 2011 anhalten wird. Dies führt zu weiter steigenden Aufwendungen für Entschädigungen. Im Gegenzug wird das bestehende Anwaltsnetzwerk weiter ausgebaut werden, das in Verbindung mit der telefonischen Erstberatung als Regulierungsinstrument den Durchschnittsschaden verbilligen wird. Wir gehen davon aus, dass die bilanzielle Schadenquote nicht mehr als 68% betragen wird.

Die Verwaltungskosten werden entsprechend der Inflation ansteigen. Zusätzlich wird im Jahr 2010 wegen einer einmaligen Umstellung von Altverträgen auf die neue Tarifgeneration ein höherer Provisionsaufwand entstehen. Die Kostenentwicklung wird in der unmittelbaren Zukunft voraussichtlich keinen außergewöhnlichen Einflüssen ausgesetzt sein, so dass mit einer Kostenquote von ca. 33% zu rechnen ist. Das versicherungstechnische Ergebnis wird in den nächsten beiden Jahren einen stabilen positiven Wert, der allerdings unterhalb des Ergebnisses für 2009 liegen wird, erreichen.

Das Kapitalanlageergebnis ist nachhaltig von der Zins- und Kursentwicklung auf den Kapitalmärkten abhängig. Auch wenn verlässliche Prognosen derzeit noch nicht gestellt werden können, rechnen wir auch zukünftig nicht mit außerplanmäßigen Abschreibungen auf unsere Kapitalanlagen.

Insgesamt wird in den nächsten beiden Jahren – unter der Voraussetzung, dass keine unerwarteten Ereignisse den Kapitalmarkt erschüttern oder beflügeln und keine besonderen Einflüsse den Geschäftsbetrieb maßgeblich verändern – mit einem Jahresüberschuss von deutlich mehr als einer Million Euro pro Jahr gerechnet.

Unseren Versicherungsnehmern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen. Besonderer Dank gilt der guten und erfolgreichen Zusammenarbeit mit unseren Aktionärsunternehmen sowie allen für uns tätigen Mitarbeitern für ihren pflichtbewussten und erfolgreichen Einsatz.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn von 3.363.272,32 € wie folgt zu verwenden:

	Euro
Dividendenausschüttung an die Aktionäre	2.000.000,00
Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	1.300.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	63.272,32
Bilanzgewinn	<u>3.363.272,32</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	EURO	EURO	EURO	Vorjahr EURO
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital davon eingefordert: Euro --,--			3.641.700,00	3.641.700,00
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			1.859.454,00	1.167.186,33
C. Kapitalanlagen Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		42.137.161,74		40.962.356,92
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		50.000,00		50.000,00
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	27.000.000,00			
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>17.000.000,00</u>	44.000.000,00		47.866.937,82
4. Einlagen bei Kreditinstituten		1.500.000,00		1.200.000,00
5. Andere Kapitalanlagen		<u>16.100,00</u>		16.100,00
			87.703.261,74	90.095.394,74
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	2.114.606,14			1.753.900,23
2. Versicherungsvermittler	<u>--,--</u>			<u>--,--</u>
		2.114.606,14		1.753.900,23
II. Sonstige Forderungen		<u>--,--</u>		<u>--,--</u>
			2.114.606,14	1.753.900,23
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		101.506,00		153.235,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		511.446,90		550.373,38
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>529.623,18</u>		<u>73.093,75</u>
			1.142.576,08	776.702,13
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			847.797,38	959.033,27
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			<u>103.020,32</u>	<u>53.854,28</u>
			<u>97.412.415,66</u>	<u>98.447.770,98</u>

Passiva	EURO	EURO	EURO	Vorjahr EURO
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		7.020.000,00		7.020.000,00
II. Kapitalrücklage		--,--		--,--
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	702.000,00			702.000,00
2. andere Gewinnrücklagen	<u>6.192.051,12</u>			<u>4.692.051,12</u>
		6.894.051,12		5.394.051,12
IV. Bilanzgewinn		<u>3.363.272,32</u>		<u>4.609.564,24</u>
			17.277.323,44	17.023.615,36
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		9.894.857,00		9.998.323,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		64.328.324,00		64.437.663,00
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>348.000,00</u>		<u>290.830,00</u>
			74.571.181,00	74.726.816,00
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.832.924,00		2.317.840,00
II. Steuerrückstellungen		807.279,20		1.617.437,05
III. Sonstige Rückstellungen		<u>528.805,33</u>		<u>468.166,72</u>
			3.169.008,53	4.403.443,77
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	185.203,31			412.263,68
2. Versicherungsvermittlern	<u>628.510,55</u>			<u>556.189,52</u>
davon an verbundene Unternehmen: EURO 586.663,48 (Vj.: EURO 519.829,92) davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EURO --,-- (Vj.: EURO --,--)				
II. Sonstige Verbindlichkeiten		813.713,86		968.453,20
davon aus Steuern: EURO 1.214.728,61 (Vj.: EURO 820.342,30) davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EURO 175.036,92 (Vj.: EURO 309.865,81)		<u>1.574.610,01</u>		<u>1.314.388,82</u>
			2.388.323,87	2.282.842,02
E. Rechnungsabgrenzungsposten			6.578,82	11.053,83
			<u>97.412.415,66</u>	<u>98.447.770,98</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2009

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Posten	EURO	EURO	Vorjahr EURO
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Beiträge	39.741.335,43		38.965.530,78
b) Veränderung der Beitragsüberträge	<u>-103.466,00</u>		<u>39.131,00</u>
		39.844.801,43	38.926.399,78
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		152.238,87	212.806,78
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	25.760.046,74		24.265.763,71
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>- 109.339,00</u>		<u>- 1.416.711,00</u>
		25.650.707,74	22.849.052,71
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen		- 58.000,00	55.270,00
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		12.870.324,26	12.411.515,70
6. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		-,-,-	-,-,-
7. Zwischensumme		1.418.008,30	3.933.908,15
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen		-,-,-	-,-,-
9. Versicherungstechnisches Ergebnis		1.418.008,30	3.933.908,15
Übertrag:		1.418.008,30	3.933.908,15

Posten	EURO	EURO	EURO	Vorjahr EURO
Übertrag:			1.418.008,30	3.933.908,15
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3.151.736,63			3.115.876,73
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.637,67</u>			<u>-,-,-</u>
		3.153.374,30	3.153.374,30	3.115.876,73
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		44.914,58		46.225,39
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		<u>-,-,-</u>		<u>-,-,-</u>
			44.914,58	46.225,39
			<u>3.108.459,72</u>	<u>3.069.651,34</u>
3. Sonstige Erträge		628.779,15		119.045,83
4. Sonstige Aufwendungen		<u>389.890,82</u>	<u>238.888,33</u>	<u>372.315,10</u>
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			4.765.356,35	6.750.290,22
6. Steuern vom Einkommen und Ertrag			1.493.032,27	2.189.875,32
7. Sonstige Steuern			<u>18.616,00</u>	<u>1.387,00</u>
8. Jahresüberschuss			3.253.708,08	4.559.027,90
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			109.564,24	50.536,34
10. Entnahme aus der Kapitalrücklage			-,-,-	-,-,-
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Gewinnrücklage			-,-,-	-,-,-
b) in andere Gewinnrücklagen			<u>-,-,-</u>	<u>-,-,-</u>
12. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>3.363.272,32</u>	<u>4.609.564,24</u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Die Allrecht Rechtsschutzversicherung AG hat den vorliegenden Jahresabschluss und den Lagebericht nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) des Aktiengesetzes (AktG), des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 8.11.1994 erstellt. Dabei wurden für die Gliederung des Jahresabschlusses die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV angewandt.

Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz - BilMoG) vom 25. Mai 2009 werden insoweit berücksichtigt, als diese auf Jahresabschlüsse für vor dem 1. Januar 2010 beginnende Geschäftsjahre anzuwenden sind. Weitere Änderungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes finden im Jahresabschluss 2009 keine Anwendung.

Insbesondere für handelsrechtliche Vorschriften werden die Artikel 66 und 67 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch beachtet. Zitate beziehen sich auf das HGB in seiner bis zum 25. Mai 2009 gültigen Fassung. Soweit Änderungen des HGB nach dem 25. Mai 2009 in Kraft getreten sind, die nicht das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz betreffen, werden diese im Jahresabschluss 2009 berücksichtigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften** der §§ 341 ff. HGB wurden berücksichtigt. Die zusätzlichen, nach § 342 Abs. 2 HGB als „Grundsatz ordnungsgemäßer Buchführung“ geltenden Rechnungslegungsvorschriften des DRSC für den Konzernabschluss wurden, soweit deren Anwendung für den Einzelabschluss empfohlen ist, weitestgehend angewendet.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten aktiviert worden und werden linear, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer, abgeschrieben. Anlagen im Bau (im Vorjahr: 1.137.657,33 €) wurden im Berichtsjahr bestimmungsgemäß fertiggestellt und aktiv gesetzt. Die Abschreibung erfolgt linear über die Nutzungsdauer von fünf Jahren.

Die Bewertung der **Aktien, andere festverzinsliche Wertpapiere** und der **Anderen Kapitalanlagen** erfolgte gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i.V. mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB mit den Anschaffungskosten, beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB waren im Geschäftsjahr nicht vorzunehmen. Wertaufholungen nach § 280 Abs. 1 HGB gab es nicht.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 2 HGB in der Fassung des Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetzes wurde für **Spezialfondsanteile** Gebrauch gemacht. Durch die Umgliederung wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vermieden.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind gemäß § 341 c HGB mit dem Nennwert beziehungsweise dem Rückforderungsbetrag bilanziert. Disagioträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit linear verteilt.

Einlagen bei den Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind zum Nennwert bilanziert. Von den Forderungen an Versicherungsnehmer wurden differenzierte Pauschalwertberichtigungen für die bekannten latenten Ausfallrisiken abgesetzt.

Die **Sachanlagen** werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über den Zeitraum der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Eine sofortige Aufwandsverrechnung von Sachanlagen findet in analoger Anwendung von § 6 Abs. 2 EStG insoweit statt, als der Anschaffungswert der einzelnen Anlagen den Wert von 150,00€ nicht übersteigt.

Der **Bestand an Vorräten** wurde durch körperliche Aufnahme ermittelt. Die Bewertung erfolgte zu den Anschaffungskosten. Bestehenden Lagerrisiken ist durch ausreichende Abschläge Rechnung getragen worden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** und die **sonstigen Forderungen** sind mit den Nennwerten bilanziert.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag. Im Umfang von 92.080,42€ sind Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nennwert von Namenspapieren enthalten, die gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennwert bilanziert werden. Diese Agiobeträge werden linear über die Laufzeit der betroffenen Wertpapiere ertragswirksam aufgelöst.

Die **Beitragsüberträge** werden ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden gemäß BMF-Schreiben vom 30.4.1974 um die nicht übertragungsfähigen Einnahmeteile gekürzt. Nach Rücksprache mit dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) gehen wir davon aus, dass diese Regelung nicht durch das BMF-Schreiben IV C 9 – O 1000 – 86/5 vom 7.6.2005 zum Bürokratieabbau aufgehoben wurde. Als nicht übertragungsfähige Einnahmeteile werden 85% der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde getrennt nach Ereignisjahren für im jeweiligen Geschäftsjahr gemeldete Schäden gebildet. Außerdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen nach § 341 g Abs. 1 HGB auf der Grundlage des koordinierten Ländererlasses vom 2.2.1973 ermittelt. Die Bestimmungen in § 20 Abs. 2 KStG in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Nr. 3 a EStG (pauschale Auflösung und Abzinsung) wurden wegen der Unvereinbarkeit mit dem Imparitätsprinzip bei dem handelsrechtlichen Wertansatz ignoriert. Unabhängig davon ergäbe sich bei der Anwendung des BMF-Schreibens I VC 6 – S 2775 – 9/00 bezüglich der „realitätsnahen Bewertung“ nur ein geringer Auflösungsbedarf im Umfang von ca. 103 Tsd.€, der bei der Berechnung des Ertragsteueraufwandes berücksichtigt wurde.

Zusammensetzung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (in EURO):

	2009	2008
a) Geschäftsjahresschäden	20.814.333,20	21.757.939,96
b) Vorjahresschäden	43.513.990,80	42.679.723,04
	<u>64.328.324,00</u>	<u>64.437.663,00</u>

Die Schadenregulierung erfolgte im Wege von Dienstleistungen durch Dritte. Die Kosten hierfür wurden bei der Schadenanlage in Rechnung gestellt.

Der Aufwand für Versicherungsfälle (einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen) setzt sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
a) für das Geschäftsjahr	29.304.483,84	29.131.579,64
b) für die Vorjahre entstand ein Abwicklungsgewinn	-3.653.776,10	-6.282.526,93
	<u>25.650.707,74</u>	<u>22.849.052,71</u>

Die Notwendigkeit der Passivierung einer **Schwankungsrückstellung** zum Ausgleich der Schwankungen im jährlichen Schadenbedarf wurde gemäß § 341 h HGB i.V.m. § 29 RechVersV für den Selbstbehalt geprüft. Danach war eine Schwankungsrückstellung nicht zu bilden.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten mit 348.000,00 € die Stornorückstellung wegen Wegfall oder Verminderung des technischen Risikos. Eine Rückstellung für unverbrauchte Beiträge in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs war nicht zu bilden.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** wurde nach den Bestimmungen des § 6 a EStG durchgeführt. Als Rechnungsgrundlage für die Teilwertermittlung wird die Richttafel von Dr. Klaus Heubeck 2005G verwendet. Entsprechend der Bilanzierung im Vorjahr erfolgte die Diskontierung mit dem Zinssatz 6,0%. Dieser Zinssatz ist aus Gründen der Kontinuität verwendet worden. Nach IAS 19 wäre ein Zinssatz von 5,75 % zu verwenden gewesen. Das Wahlrecht gemäß Art. 28 Abs. 1 EGHGB zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden.

Im Geschäftsjahr wurde eine Rückstellung gemäß dem **Altersteilzeitabkommen** für das private Versicherungsgewerbe vom 11.6.1997 nach der IDW-Verlautbarung vom 18.11.1998 unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,5 % gebildet. Dabei wurden nur Personen berücksichtigt, mit denen bereits eine konkrete Vereinbarung getroffen wurde. Für weitere Personen ergibt sich kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Altersteilzeit.

Für Jubiläumszahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr eine **Jubiläumsrückstellung** in Anlehnung an § 6 a EStG in Höhe der Teilwerte gebildet, wobei ein Abzinsungsfaktor von 5,5 v.H. zugrunde gelegt wurde.

Der Wertansatz der **Steuerrückstellungen** und der **sonstigen Rückstellungen** entspricht der voraussichtlichen Inanspruchnahme.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Alle Verbindlichkeiten, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Rückzahlungsbetrag bewertet. Das steuerliche Abzinsungsgebot nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG wird nur zur Ermittlung der Ertragsteuerbemessungsgrundlagen nicht jedoch beim Wertansatz der Verbindlichkeiten berücksichtigt, da dies nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB unzulässig ist. Auch steuerlich ergaben sich zum 31.12.2009 bei den Verbindlichkeiten keine Abzinsungsnotwendigkeiten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäfts entstanden und für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestanden am Bilanzstichtag nicht.

II. Nichtversicherungstechnische Angaben

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Entwicklung der Aktivposten B. und C. im Geschäftsjahr 2009

	Bilanzwerte Vorjahr Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Währungskurs- anpassungen Euro	Zu- schreibungen Euro	Ab- schreibungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr Euro
B. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	1.167.186,33	803.427,17	0,00	0,00	0,00	111.159,50	1.859.454,00
2. Summe B.	1.167.186,33	803.427,17	0,00	0,00	0,00	111.159,50	1.859.454,00
C. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	40.962.356,92	1.174.804,82	0,00	0,00	0,00	0,00	42.137.161,74
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50.000,00	50.000,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschulverschreibungen	26.766.937,82	8.000.000,00	7.766.937,82	0,00	0,00	0,00	27.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	21.100.000,00	2.000.000,00	6.100.000,00	0,00	0,00	0,00	17.000.000,00
c) übrige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	1.200.000,00	300.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.500.000,00
6. Andere Kapitalanlagen	16.100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.100,00
7. Summe C.	90.095.394,74	11.524.804,82	13.916.937,82	0,00	0,00	0,00	87.703.261,74
Insgesamt	91.262.581,07	12.328.231,99	13.916.937,82	0,00	0,00	111.159,50	89.562.715,74

Der Marktwert der Aktien, Investmentanteile und der anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beträgt zum 31.12.2009 42.633.867,33 € (Vorjahr: 41.548.754,62 €). Der Zeitwert der Inhaberschuldverschreibung entspricht dem Buchwert. Die nach einem Bewertungsmodell ermittelten Zeitwerte der Namensschulverschreibungen und Schuldscheindarlehen, die nicht an der Börse handelbar und zum Nennwert bilanziert sind, betragen 45.781.208,73 € (Vorjahr: 49.064.609,76 €). Die Zeitwerte der anderen Kapitalanlagen betragen 16.100,00 € (Vorjahr: 16.100,00 €). Insgesamt besteht eine Bewertungsreserve von 2.192.412,72 € (Vorjahr: 1.783.989,05 €). Dabei wurden im Berichtsjahr die Buchwerte um den Betrag von 85.501,60 € korrigiert, der für die nach § 341c HGB bewerteten Kapitalanlagen unter den aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz ausgewiesen ist.

zur Bilanz, Aktiva

E. Sonstige Vermögensgegenstände

III. Andere Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	2009 Euro	2008 Euro
a) Erstattungsanspruch aus Gewerbesteuer	471.997,68	10.148,00
b) geleistete Anzahlungen	29.860,27	22.859,25
c) Erstattungsanspruch Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag für die Jahre 2009 beziehungsweise 2008	10.337,90	12.980,49
d) Reisekostenvorschüsse	8.000,00	6.000,00
e) Aktivwert aus Rückdeckungsversicherungen	7.279,00	10.308,00
f) Körperschaftsteuerguthaben aus Anrechnungsverfahren	1.697,23	1.870,38
g) Gehaltsvorschüsse	—,—	8.748,04
h) Versicherungsansprüche	—,—	179,59
i) Übrige	451,10	—,—
	<u>529.623,18</u>	<u>73.093,75</u>

zur Bilanz, Passiva

A. Eigenkapital	EURO	EURO
Gesamt		17.277.323,44
I. Gezeichnetes Kapital		
Das Grundkapital betrug am 1. 1. 2009	7.020.000,00	
Veränderungen im Geschäftsjahr	<u>—,—</u>	
Stand am 31.12. 2009		<u>7.020.000,00</u>
<p>Das Grundkapital ist eingeteilt in 13.500 Stückaktien, die auf den Namen lauten. 2.000 Aktien sind voll eingezahlt, 11.500 Aktien sind teileingezahlt. Die ausstehenden Einlagen sind nicht eingefordert. Die ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, hat uns nach § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr mehr als der vierte Teil der Aktien gehört. Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, hat uns nach § 20 Abs. 4 AktG am 23.10.2006 mitgeteilt, dass ihr eine Mehrheitsbeteiligung gehört.</p>		
II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 HGB		
Vortrag zum 1. 1. 2009	—,—	
Veränderungen im Geschäftsjahr	<u>—,—</u>	
Stand am 31.12. 2009		<u>—,—</u>
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage, Vortrag zum 1. 1. 2009	702.000,00	
Veränderungen im Geschäftsjahr	<u>—,—</u>	
Stand am 31. 12. 2009		702.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen		
Vortrag zum 1. 1. 2009	4.692.051,12	
Einstellungen der Hauptversammlung	1.500.000,00	
Einstellungen aus dem Ergebnis 2009	<u>—,—</u>	
Stand am 31.12. 2009		<u>6.192.051,12</u>
		<u>6.894.051,12</u>
IV. Bilanzgewinn		
Bilanzgewinn am 31.12. 2008		4.609.564,24
Gewinnverwendung: - Dividendenausschüttung		-3.000.000,00
Gewinnverwendung: - Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		-1.500.000,00
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		109.564,24
Jahresüberschuss 2009		3.253.708,08
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		<u>—,—</u>
Bilanzgewinn am 31.12. 2009		<u>3.363.272,32</u>

	2009 EURO	2008 EURO
D. Andere Rückstellungen		
II. Sonstige Rückstellungen		
Altersteilzeitverpflichtungen	156.515,00	165.105,00
Tantiemen	95.000,00	94.000,00
Prüfungskosten für den Jahresabschluss	64.720,00	64.400,00
Jubiläumsverpflichtungen	59.713,00	58.289,00
Vertriebswettbewerbe	28.300,00	6.000,00
Urlaubsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern	27.574,00	15.037,00
Erfolgsvergütungen für Mitarbeiter	24.000,00	8.500,00
Jahresabschlusskosten	23.000,00	24.000,00
Aufsichtsratsvergütungen	12.968,00	13.368,00
Prozesskosten Finanzgerichtsprozess	11.900,00	—,—
Berufsgenossenschaftsbeiträge	7.800,00	7.770,00
Schwerbehindertenabgabe	2.880,00	—,—
Übrige	<u>14.435,33</u>	<u>11.697,72</u>
	<u>528.805,33</u>	<u>468.166,72</u>

E. Andere Verbindlichkeiten

II. Sonstige Verbindlichkeiten

Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 175.036,92 € (Vorjahr: 309.865,81 €) aus Dienstleistungen und dem laufenden Verrechnungsverkehr aus der Schadenabwicklung.

III. Allgemeine Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

(Beträge in EURO)	Geschäftsjahr	Vorjahr
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	7.584.535	7.179.885
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	106.440	11.919
3. Löhne und Gehälter	2.665.808	2.598.621
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	404.112	401.381
5. Aufwendungen für Altersversorgung	111.279	83.116
6. Aufwendungen insgesamt	10.872.174	10.274.922

Mitarbeiter

Wir haben im Geschäftsjahr 2009 durchschnittlich 49 Mitarbeiter beschäftigt (im Vorjahr: 48 Mitarbeiter). Zum 31.12.2009 waren 50 Personen Mitarbeiter der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG

Aufteilung des Mitarbeiterbestandes

Bereich	Stand am 31.12. 2009	Stand am 31.12. 2008
Vorstandsbereich, Projekte, Kommunikation, Sonderaufgaben	5	5
Zentrale Dienste, Betriebsorganisation, EDV	8	8
Vertrieb	6	6
Kundenservice, Tarifikalkulation	11	11
Betriebsabteilung	17	16
Mahnabteilung, Buchhaltung	3	3
Insgesamt	50	49
Zusätzlich:		
Auszubildende	1	1
Aushilfen	0	1

Auf die Gesamtzahl von 50 Mitarbeitern entfallen 31 Damen und 19 Herren.

Außerdem sind für unsere Gesellschaft Mitarbeiter anderer Unternehmen aufgrund der abgeschlossenen Dienstleistungsverträge tätig.

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

2009	252.426	Stück
2008	249.079	Stück
2007	248.558	Stück
2006	248.356	Stück
2005	245.435	Stück

Es handelt sich um im Inland akquirierte Verträge.

	Geschäftsjahr EURO	Vorjahr EURO
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	12.870.324,26	12.411.515,70
davon für: Abschluss von Versicherungsverträgen	3.227.408,25	2.916.362,96
Verwaltung von Versicherungsverträgen	9.642.916,01	9.495.152,74

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden als Honorar für die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 55.967,66 € an die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gezahlt. Für die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 wurden 57.120,00 € zurückgestellt.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Im Geschäftsjahr wurden mit nahe stehenden Unternehmen und Personen keine Geschäfte durchgeführt, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind.

Haftungsverhältnisse

Die Allrecht Rechtsschutzversicherung AG ist nicht an der im Rahmen des Rückgarantievertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft am 10. November 2008 vereinbarten Rückbürgschaft beteiligt.

Konzernzugehörigkeit

Unsere Gesellschaft ist seit dem Geschäftsjahr 2006 ein verbundenes Unternehmen in Bezug auf die IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe und den mit dieser Gesellschaft verbundenen Unternehmen. Nach § 290 Abs. 2 HGB wird die Allrecht Rechtsschutzversicherung AG nach den Grundsätzen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss zum 31.12.2009 einbezogen werden. Der Konzernabschluss der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums für Justiz veröffentlicht werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates und Vorstandes sind auf Seite 5 genannt. Die Bezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 12.968,00 €. Die Bezüge des Vorstandes werden in Anwendung der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben, da nur ein Vorstandsmitglied Bezüge von der Allrecht Rechtsschutzversicherung AG erhält. Die früheren Mitglieder des Vorstandes erhielten Gesamtbezüge in Höhe von 95.760,00 €, die Bezüge der Hinterbliebenen von ehemaligen Vorstandsmitgliedern beliefen sich auf 0,00 €. Für die ehemaligen Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 879.570,00 € gebildet.

Düsseldorf, den 16. März 2010

Der Vorstand
Werner Nicoll Udo Steinhorst

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ALLRECHT Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 19. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Alfons Koch Christian Sack
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Während des Geschäftsjahres hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung laufend überwacht. Dazu fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt. Grundlage der Überwachung waren die vom Vorstand vorgelegten Berichte und mündliche Auskünfte. In den Sitzungen hat der Aufsichtsrat durch Beratung mit dem Vorstand Einfluss auf die künftige Geschäftspolitik genommen. Gegenstand der Beratungen waren die Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses, die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft im Vorjahr und im Berichtsjahr, die Diskussion des Ergebnisverwendungsvorschlages, die Festlegung der Vorstandsbezüge, die Prüfung der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Planung der Ertragslage für die Geschäftsjahre 2010 bis 2012 und die Mindestanforderungen zum Risikomanagement in Versicherungsunternehmen.

Besondere Überwachungsmaßnahmen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass der Vorstand die Geschäfte rechtmäßig, ordnungsmäßig und zweckmäßig führt. Insbesondere kommt der Vorstand seiner Verpflichtung zur Sorge für den dauerhaften Bestand der Gesellschaft und deren langfristigen Rentabilität nach.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstandes Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinnes geprüft.

Im Rahmen der Prüfung wurde in die Bücher und Schriften der Gesellschaft Einsicht genommen. Die Prüfung wurde auf der Grundlage der regelmäßigen Vorstandsberichte, in denen schriftlich und mündlich über die Geschäftslage und über alle wichtigen Vorgänge unterrichtet wurde, sowie der handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen durchgeführt. Der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers wurde bei der Prüfung hinzugezogen. Der Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses erstreckte sich auch auf die durch den Vorstand ausgeübten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte.

Die Prüfung führte zu dem folgenden Ergebnis:

Die Rechnungslegung des Vorstandes entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung. Der Lagebericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang. Der Gewinnverwendungsvorschlag auf Ausschüttung von 2.000.000,00 €, Einstellungen in andere Gewinnrücklagen von 1.300.000,00 € und Vortrag auf neue Rechnung von 63.272,32 € verletzt weder gesetzliche noch Satzungsbestimmungen und findet die Zustimmung des Aufsichtsrates.

Bilanzpolitische Ermessensentscheidungen wurden zum Wohle der Gesellschaft unter angemessener Berücksichtigung der Aktionärsinteressen ausgeübt. Stille Reserven wurden nicht in einem nicht zu vertretenden Umfang gebildet oder aufgelöst.

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 unter Einbeziehung der Buchhaltung und des Lageberichtes im Auftrage des Aufsichtsrates geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsbericht wurde dem Aufsichtsrat fristgerecht vorgelegt. Der Aufsichtsrat schließt sich nach dem Studium des Berichtes aufgrund der eigenen abschließenden Prüfung dem Urteil des Abschlussprüfers an. Bemerkungen zum Bericht des Abschlussprüfers sind nicht zu machen.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 wird gebilligt und ist damit festgestellt.

Der vom Vorstand gemäß § 312 AktG vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ebenfalls geprüft. Die Prüfung umfasste auf der Grundlage des Rechtes auf Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der Gesellschaft und der durch den Vorstand vorgelegten Berichte und Informationen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben in dem Bericht.

Beanstandungen ergaben sich durch die Prüfung nicht. Der Abschlussprüfer hat den Bericht des Vorstandes nach § 312 AktG ebenfalls geprüft und erteilt folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließt sich der Aufsichtsrat an. Gegen die Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Düsseldorf, den 1. Juni 2010

Der Aufsichtsratsvorsitzende

Michael Johnigk

